

Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Es gilt das gesprochene Wort!

I Warum nachdenken über Soziale Marktwirtschaft?

Warum pflegen wir den Diskurs, das gemeinsame Nachdenken über die Soziale Marktwirtschaft? Weil es ein rundes Jubiläum gibt, das es halt zu feiern gilt und eine schöne Gelegenheit ist, ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abzulegen? Weil sich die Soziale Marktwirtschaft als so erfolgreich erwiesen hat für unser Land, gerade in den letzten zwanzig Jahren in Ostdeutschland? Oder, gerade jetzt, weil die Wirtschaft in einer außerordentlichen Krise steckt und einige meinen, es gibt ein Allheilmittel "Soziale Marktwirtschaft"?

Das alles sind sicherlich geeignete Anlässe für das Nachdenken darüber, was Soziale Marktwirtschaft heißt und wie sie in Zukunft aussehen könnte. Ich sehe den Grund für Veranstaltungen wie die heutige sehe ich aber in etwas anderem: Die Marktwirtschaft im Allgemeinen und die Soziale Marktwirtschaft im Besonderen ist jene Ordnung des Wirtschaftens, die unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung am ehesten entspricht.

Unsere Demokratie beruht auf dem Versprechen, dass wir uns wechselseitig als gleich anerkennen, und zwar als gleich frei. Jeder von uns genießt dasselbe Maß an Freiheit, keiner darf mehr Freiheit haben als andere. Wenn wir von Freiheit sprechen, dann meint das eben nicht nur die Abwehrrechte gegenüber dem Staat, den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit, der Privatsphäre oder des Versammlungsrechts. Oder demokratische Mitbestimmungsrechte: das freie und gleiche Wahlrecht,

das ungehinderte Mitwirken an der politischen Willensbildung.

Freiheit heißt auch, auf die Form des Wirtschaftens bezogen: In einem demokratisch verfassten Land darf jeder sich frei wirtschaftlich betätigen. Die Grundrechte der Bürger wären unvollständig, fehlte die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, die Berufs-, Vertrags- und Koalitionsfreiheit, der Schutz des Privateigentums und der Privatautonomie. Erst durch die wirtschaftsbezogenen Freiheitsrechte wird unser Land zu einer Demokratie.

Unser Grundgesetz schützt diese wirtschaftlichen Freiheitsrechte, ohne zugleich eine bestimmte Wirtschaftsordnung vorzuschreiben. Aber: Wo Menschen frei sind, wirtschaftlich zu handeln, da entstehen Märkte. Und so kann man sagen: Die Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die unserer demokratischen Verfassung am ehesten entspricht.

Ich füge hinzu: Dieser Satz behält seine Gültigkeit unabhängig davon, welche Ergebnisse die Marktwirtschaft hervorbringt. Wenn es also heißt: Wirtschaftskrisen wie die gegenwärtige gefährden unsere Demokratie, dann zeigt das nur, dass viele Bürger falsche Erwartungen an die Demokratie haben, die allerdings vorher von einzelnen Politikern oder Parteien geweckt worden sind. Die Demokratie führt nicht ins Schlaraffenland, sie erlaubt uns lediglich, frei und selbstbestimmt nach Glück zu streben, wie es in der amerikanischen Verfassung heißt. Fangen muss man das Glück aber selbst, wie Benjamin Franklin einmal bemerkt hat - Gegenstand des

23. Juni 2009

www.kas.de/dresden

www.kas.de

demokratischen Versprechens sind Glück und Wohlstand aber nicht. Armut fördert gewiss nicht das Ansehen der Demokratie, aber sie ist nicht undemokratisch.

Das heißt: Das Bekenntnis zur Marktwirtschaft ist immer auch ein Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie. Wer die Marktwirtschaft abschaffen will - mit welchen Gründen auch immer -, will auch die Demokratie abschaffen. Es ist Ludwig Erhards großes Verdienst, diese Erkenntnis in der ganzen deutschen Gesellschaft verankert zu haben. Keine demokratische Partei stellt heute die Soziale Marktwirtschaft in Frage. Die Reden und Publikationen zu ihrem 60. Geburtstag zeigen das.

II Worüber sprechen wir, wenn von Sozialer Marktwirtschaft die Rede ist?

Wie nun muss diese Wirtschaftsordnung aussehen, die als einzige demokratisch zu nennen ist? Und was heißt eigentlich „sozial“? Als Antwort nenne ich Erhards Leitbegriffe: Freiheit und Verantwortung. Die freiheitliche Demokratie begründet gleichermaßen Rechte und Pflichten. Im Hinblick auf wirtschaftliches Handeln das Recht, Privateigentum zu besitzen und darüber zu verfügen. Und die Pflicht, dass das Privateigentum dem Gemeinwohl dienen soll.

Gemeinwohl - das ist ein Begriff, der zur Marktwirtschaft zunächst nicht recht zu passen scheint. Hatte Adam Smith nicht festgestellt, dass Gemeinwohl aus egoistischem Gewinnstreben erwächst? Müssen wir noch auf das Gemeinwohl Rücksicht nehmen, wenn es reicht, nur unsere eigenen Interessen zu verfolgen?

So faszinierend das Prinzip der Unsichtbaren Hand ist: Wirtschaft ist nichts, was dem Sozialen, der Gesellschaft vorgängig ist. Wirtschaftliches Handeln ist vielmehr eingebettet in einen sozialen Kontext, wird von diesem geprägt und wirkt auf ihn zurück. Die Freiheit des wirtschaftlichen Handelns hat deshalb dort ihre Grenze, wo andere in ihrer Freiheit beeinträchtigt werden. Das meint die Bestimmung des Grundgesetzes, dass das Privateigentum zugleich dem Gemeinwohl dienen soll. Paul Kirchhof hat erst

kürzlich noch einmal dargelegt, wie wichtig diese Verpflichtung ist. Wer Profit daraus zieht, dass er andere schädigt, steht nicht mehr auf dem Boden der Marktwirtschaft, für den gehören Freiheit und Verantwortung nicht mehr zusammen.

Damit ist benannt, was das Attribut „Sozial“ meint, das wir der Marktwirtschaft voranstellen. Das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht der Maximalprofit, sondern die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse. Und das heißt in der Summe: Die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, denn die Bundesrepublik Deutschland ist kein Land mit 82 Millionen Einsiedlern, sondern wir bilden im Miteinander eine Gesellschaft.

Die Marktwirtschaft ist sozial, weil sie gesellschaftlich gebunden ist, gesellschaftlichen Zielen dienstbar gemacht wird. Oder wie es der Ordnungsökonom Hans Willgerodt mit Blick auf die Situation nach dem zweiten Weltkrieg formulierte: Aufgabe der Wirtschaftspolitik war es, Arbeit für möglichst viele zu schaffen, um alle mit Nahrung, Kleidung und Wohnraum versorgen zu können. Dafür bedurfte es einer geeigneten Wirtschaftsordnung. Die Marktwirtschaft schien am besten geeignet zu sein, diese Aufgabe zu erfüllen. Denn sie steigert die Produktivität in einem Maße, dass sie individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen kann, die weit über dem Subsistenzniveau liegen.

Es ist kein Zufall, dass die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft stark von der katholischen Soziallehre geprägt waren: Sie stellt die Würde des freien Individuums in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Daraus leitet sich ab die Frage, welche Ordnung des Wirtschaftens die personale Würde des einzelnen am besten schützt und seine Wohlfahrt mehrt. Die Gegenüberstellung von „Wirtschaft und Gesellschaft“ ist deshalb eine unzulässige Verkürzung: Die Wirtschaft ist nicht nur Teil der Gesellschaft, sie ist ein soziales Phänomen, ein Mittel, das wir geschaffen haben, um individuellen und gesellschaftlichen Zwecken zu dienen. Darum kann und muss der demokratische Staat eine Wirtschaftsordnung errichten, einen

23. Juni 2009

www.kas.de/dresden

www.kas.de

Rahmen setzen, in dem marktwirtschaftliches Handeln stattfinden kann. Grundsätzlich kann der Kant'sche Imperativ als Richtschnur dienen. In der volkstümlichen Variante: Was Du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu. Oder mit Rawls' Gerechtigkeitstheorie gesprochen: Eine Gesellschaft ist dann gerecht, wenn für jeden einzelnen jede denkbare Stellung in dieser Gesellschaft annehmbar ist, ohne dass er vorher wissen könnte, ob er Milliardär oder Tellerwäscher wird.

Um diesem freiheitlichen Prinzip Geltung zu verschaffen, braucht es ordnungspolitische Setzungen. Seit Ludwig Erhard ist klar, was unverzichtbarer Teil dieser Wirtschaftsordnung sein muss. Ein Wettbewerbs- und Kartellrecht, das Monopole und Oligopole verhindert, also die Freiheit des Marktes vor Vermachtung schützt. Ein Vertragsrecht, Bilanzvorschriften, ein Schuldrecht und andere Regeln für wirtschaftliches Handeln, die Verantwortlichkeit und Transparenz herstellen. Nicht zuletzt braucht es soziale und ökologische Mindeststandards. Wo ein Wirtschaftsakteur die Unversehrtheit von Menschen und Umwelt gefährdet, tangiert er die Freiheit anderer und muss in die Schranken gewiesen werden.

Umgekehrt heißt das: Wirtschaftliches Handeln, das in Einklang mit diesen Regeln steht, darf nicht behindert werden. Der demokratische Staat hat sich jenseits der Regelsetzung, der Kontrolle und Überwachung aus dem Markt herauszuhalten. Er soll nicht selbst als Unternehmer auftreten, er ist schon gar nicht der bessere Unternehmer.

Das heißt aber nicht, dass er auf die Rolle des Regelsetzers und Schiedsrichters beschränkt wäre. Denn der Markt bedarf zu seinem Funktionieren bestimmter Bedingungen, die er selbst in der Regel nicht hervorbringt: An erster Stelle Sicherheit und damit ein staatliches Gewaltmonopol - wenn man dieses Feld nicht konkurrierenden Mafia-Clans überlassen will.

Zweitens Bildung und Wissenschaft als gesellschaftliche Ressourcen, bei denen individuelle Kosten und Nutzen sehr ungleich verteilt sind. Jeder Unternehmer ist sehr inte-

ressiert an gebildeten und gut ausgebildeten Mitarbeitern, mithin an den Erträgen der Bildung - ohne zuvor in die Bildung seiner Arbeitnehmer investiert zu haben. Er hat dazu auch keine direkte Möglichkeit: Selbst wenn er einen Kindergarten und eine Schule unterhalten würde - nicht jedes der Kinder wird bei ihm im Unternehmen arbeiten, die Bildungsrendite streichen also andere ein. Würde man die Eltern auf den Kosten der Bildung sitzen lassen, fehlten der Marktwirtschaft Fachkräfte, das Niveau der Wohlfahrt bliebe niedrig. Ein Dilemma, das der Markt selbst nicht lösen kann. Hier hat der Staat im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung eine wichtige Funktion.

Hinzu kommt: Es gehört zur Sozialen Marktwirtschaft, dass der Staat Anreize für ein bestimmtes gesellschaftlich erwünschtes Verhalten der Marktakteure setzt. Beispiel Umwelt- und Energiepolitik. Es gibt eine gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheit dafür, die natürlichen Energieressourcen zu schonen und nachhaltig zu wirtschaften. Es ist deshalb legitim, dass der Bundestag Gesetze erlässt, die spritfressende Autos verbieten, bessere Wärmedämmung von Gebäuden subventionieren oder einschlägige Forschungsvorhaben bezuschussen. Tatsächlich kann sich Wirtschaftslenkung in diesem Sinne des Anreize-Setzens auf einen der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack, berufen. Er hat in seinem Buch „Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung“ dargelegt, dass die Soziale Marktwirtschaft wirtschaftliches Handeln auf gesellschaftlich mehrheitsfähige Ziele hin ordnen darf.

Die Finanzmarktkrise macht einmal mehr deutlich, dass das recht umfassende Eingriffsrechte des Staates begründen kann. Banken und sonstige Finanzmarktakteure haben in der sozialen Marktwirtschaft eine dienende Funktion: Sie sollen Ersparnisse in Kredit transformieren. Kredite ermöglichen Wachstum und Innovation. Sie sind aber auch mit Risiken behaftet. Das sind zunächst Risiken für die Eigentümer und die Kunden. Es können daraus aber auch Risiken für die gesamte Volkswirtschaft entstehen. Wir haben das in den letzten Monaten erlebt: Ein Finanzinstitut kann so

23. Juni 2009

www.kas.de/dresden

www.kas.de

groß sein, dass es eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißt, wenn es in die Insolvenz geht.

In der Schweiz zieht die Bankenaufsicht daraus gerade die Lehre, die Größe und den Marktanteil ihrer Banken zu begrenzen. In den USA wird die Bankenaufsicht ebenfalls mit weitreichenden Aufsichts- und Kontrollrechten ausgestattet. Aus der Sicht der Banker ist das ein systemwidriger Eingriff in den freien Markt. Aus der Sicht verantwortlicher demokratischer Politik geht es darum, gemeinwohlschädliches Verhalten von Marktakteuren zu unterbinden. Denn: Keine Bank hat das Recht, auf Rechnung des Steuerzahlers Geschäfte zu machen. Es geht darum, am Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft festzuhalten: Wirtschaft ist kein Zweck an sich, der jedes Mittel rechtfertigt, sondern ein Mittel zum Zweck, das mit Rücksicht auf individuelle und kollektive Freiheiten zu gebrauchen ist.

Zu den Eingriffsmöglichkeiten des Staates gehört nicht zuletzt eine sozialpolitisch motivierte Umverteilung von Einkommen über Steuern und Sozialabgaben. Die empirische Wirtschaftsforschung liefert gute Argumente dafür, dass in Sozialstaaten die Marktwirtschaft besser funktioniert als anderswo. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Peter H. Lindert hat in einer Studie zur Entwicklung des Sozialstaats gezeigt:

- Länder mit Sozialen Sicherungssystemen verzeichnen ein gleichmäßigeres Wachstum auf höherem Niveau als Länder ohne.
- Sozialstaaten reduzieren die Ungleichheit und sorgen so für bessere Lebensqualität, vergleichsweise geringe Kriminalität, und eine höhere Lebenserwartung.
- Sozialstaatliche Umverteilung führt vor allem dazu, dass das Humankapital über Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung besser mobilisiert wird. Das wirkt sich positiv aufs Wachstum aus.

Das sollte man bedenken, bevor man wie der Philosoph Peter Sloterdijk gegen den Steuerstaat zur

Revolution aufruft.

Kurzum: Der Staat ist in der Sozialen Marktwirtschaft ein zentraler Akteur, auch wenn er selbst nicht als Unternehmer auftritt. Er setzt und sichert den Ordnungsrahmen, er schafft die grundlegende Infrastruktur, sorgt für Sicherheit und schützt den sozialen Frieden. Dieses Zusammenspiel von Staat und Markt hat sich in den letzten 60 Jahren als überwiegend erfolgreich erwiesen. Auch Krisen wie die jetzige haben unserer Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft nichts anhaben können.

III Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Doch bei allen Erfolgen müssen wir fragen: Wovon hängt die Zukunft unserer Sozialen Marktwirtschaft ab? Die Antwort lautet gerade jetzt mit Blick auf die Weltfinanz- und -wirtschaftskrise: Davon, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft umgesetzt und respektiert werden, und zwar weltweit.

Da ist bereits einiges in Bewegung. Weltweit wird daran gearbeitet, den Finanzsektor stärker zu regulieren und wieder auf seine dienende Rolle für die Volkswirtschaft zu verweisen. Wie sehr er aus dem Ruder gelaufen ist, kann man besonders gut am Beispiel der USA sehen: Dort wurden vor Ausbruch der Krise rund 40 Prozent aller Gewinne vom Finanzsektor erwirtschaftet. Der frühere Chefökonom des IWF, Simon Johnson, vergleicht die USA in dieser Hinsicht mit Schwellenländern wie Russland oder Indien. Dort schalten reiche Oligarchen mithilfe des Staates Wettbewerb und Regulierung aus und schöpfen leistungslos Gewinne ab. In den USA spielt demnach der Finanzsektor diese Rolle - und muss jetzt wie 1929 einer schärferen Kontrolle unterworfen werden.

Und wir müssen zur Kenntnis nehmen: In den fünf Jahren vor Ausbruch der Krise ist die weltweite Ersparnis um 50 Billionen Dollar gestiegen. Mindestens vier Billionen davon stecken jetzt in wertlosen Schrottpapieren, vielleicht noch mehr. Dieses Kapital fehlt für produktive Investitionen. 8 Billionen Dollar in den nächsten zehn Jahren braucht allein Asien, um seine Infrastruktur zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

DRESDEN

MINISTERPRÄSIDENT

STANISLAW TILLICH

23. Juni 2009

www.kas.de/dresden

www.kas.de

entwickeln, schätzt die Asiatische Entwicklungsbank. Hinzu kommt: Jetzt leihen sich die Staaten noch mehr knappes Kapital, um damit die Löcher in den Bankbilanzen zu stopfen und die wegbrechende Nachfrage zu stützen. Und gerade in Amerika, dem Land der freien Marktwirtschaft, raten die Ökonomen reihenweise zu noch größeren schuldenfinanzierten Programmen. Wie kann einer, der eben noch überzeugter Marktwirtschaftler war, plötzlich Keynesianer sein?

Ich glaube, dieser Weg führt in die Irre. Die Welt braucht eine neue Wirtschaftsarchitektur, basierend auf einer Philosophie, die man gar nicht mehr erfinden muss: Das ordnungsökonomische Denken der Freiburger Schule und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Auch im Programm der neuen amerikanischen Regierung stößt man auf Vorstellungen, die in Richtung Soziale Marktwirtschaft weisen. Die schöpferische Kraft des freien Marktes soll einhergehen mit einer gerechteren Verteilung des Wohlstands – und damit neue Impulse für wirtschaftliches Wachstum geben.

Wir dürfen aber nicht bei Reparaturmaßnahmen und Nachjustierungen im nationalstaatlichen Rahmen stehen bleiben. Wir müssen die Globalisierung nachhaltig gestalten. Die Weltwirtschaft braucht Spielregeln, die Freiheit und Verantwortung austarieren, insbesondere faire soziale und ökologische Standards. In Deutschland gibt es zum Beispiel Stimmen aus der mittelständischen Wirtschaft, die eine weltweite Harmonisierung der Steuersysteme verlangen, als Basis einer globalen ökosozialen Marktwirtschaft, etwa vom Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft. Das scheint ein ziemlich ambitioniertes Projekt, aber wenn man es mit der weltweiten sozialen Marktwirtschaft ernst meint, dann läuft es darauf hinaus.

Aber das allein ist nicht die Lösung aller Probleme. Wir müssen zum Beispiel auch Lösungen finden für die extremen Ungleichgewichte im Welthandel. Denn die Defizite unserer Handelspartner sind eine Ursache für Überschuldungskrisen und Inflation, die schließlich auf Deutschland zurückwirken. Gesucht ist ein neues Weltwährungssystem.

China hat eine neue Leitwährung vorgeschlagen, die sich aus einem Korb von Währungen und Rohstoffen zusammensetzt. Die G20 muss an diesem Thema dranbleiben. Und insbesondere Bundesregierung muss sich hier stärker einbringen. Lediglich auf eine Stärkung des Exportsektors zu setzen, wird dem nicht gerecht.

Freiheit und Verantwortung: Wenn wir uns an diese Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft halten, werden wir mit den großen Problemen fertig, die sich vor uns auftürmen. Wir alle können unseren Beitrag dazu leisten. Auch hier in Sachsen. Indem wir uns von den Zuschauerrängen in die Arena begeben, Verantwortung übernehmen, nach freiheitlichen Lösungen suchen, und die Interessen Zukunft stets im Blick haben. Oder kurz gesagt: Indem wir unser Denken und Handeln an bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft ausrichten: Freiheit und Verantwortung.